

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher). Bezugspreis monatlich 2,00 Mk., vierteljährlich 6,00 Mk. frei ins Haus; durch die Post bezogen zum selben Preis (ohne Bestellgeld). Bestellungen nehmen alle Postämter und deren Briefträger, unsere Zeitungsstellen, sowie die Geschäftsstelle entgegen.

Verantwortlicher: Dr. B. 24.

Ämtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 mm hohen einspalt. Raum 30 Pfg., für außerhalb Wohnende 40 Pfg. Anzeigen in amtlichen Zeilen 60 Pfg., im Restamteile 100 Pfg. (inkl. Steuerungs- und Umlagesteuer). Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen-Aufträge werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg Bez. Saal.

Nr. 83.

Sonnabend, den 15. Oktober 1921.

25. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Schwerkriegsbeschädigte und Kriegs-hinterbliebene.

Laut Verfügung vom 24. 9. 1921 erhalten Schwerkriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und deren Kinder ab 1. August 1921 eine Teuerungszulage von monatlich 30 bzw. 25 und für jedes Kind 15 Mk. Diese Zuschüsse werden durch das Postamt bzw. Wohnortamt überwiesen. Schwerkriegsbeschädigte von 70 Proz. und mehr, welche ohne Beschäftigung sind, erhalten außerdem eine Sonderzulage von 20 bzw. 45 Mark. Letztere wollen sich hier unter Vorlage ihrer Rentenbücher bis spätestens 25. ds. Mts. melden. Kriegswitwen, die durch Krankheit 66%, und mehr Prozent erwerbsunfähig sind, erhalten eine Sonderzulage von monatlich 15 Mk. (§ 8 39 Abs. 3 d. R.-V.-G.), Kriegswitwen, welche glauben, durch Krankheit 66%, und mehr Prozent erwerbsunfähig zu sein, haben bis Ende ds. Mts. vom Kreisrat Dr. Wulch ein ärztliches Attest hierüber beizubringen.

Später eingehende Anträge können erstmalig nicht berücksichtigt werden.

Sobald bei der Unterjudung festgestellt ist, daß die Witwe nicht 66%, und mehr Prozent erwerbsunfähig ist, hat dieselbe die Kosten der Unterjudung selbst zu tragen.

Kreiswohlfahrtsamt.

S. A. Lehmann.

Veröffentlicht: Annaburg, den 14. Oktober 1921.

Der Gemeinde-Vorstand. Henze.

Politische Rundschau.

Zusammenbruch des Systems Wirth!

Der Kabinettsrat.

Berlin, 11. Oktober. Der heute um 11 Uhr vorm. zusammengetretene Kabinettsrat dauerte zwei Stunden und war kurz nach 1 Uhr beendet. Minister des Reichens Dr. Rosen ergänzte noch einmal ausführlich seinen Bericht über die politische Lage; im übrigen war die Sitzung streng vertraulich. Sie wird heute abend um 7 Uhr fortgesetzt werden. In unrichtigten Kreisen verlautet, daß das Kabinettsrat Wirth vor schweren Entscheidungen steht. Es handelt sich um eine grundsätzliche Entscheidung über die Frage der Gesamtpolitik, die bei unbefriedigender Lösung den Rücktritt des Kabinetts zur Folge haben wird, um so mehr, als seit langem bekannt ist, daß schwere Verstimmungen zwischen Wirth-Rosen bzw. Rosen-Rathenau bestehen, da sowohl der Reichstasler als auch der Wiederaufbauminister wiederholt Eingriffe in die Rechte des Reichsrats des Außenministers vorgenommen haben. — An amtlicher Stelle werden irgendwelche Demissionsabsichten noch abgelehnt, doch steht fest, daß das Kabinettsrat seit seinem Bestehen jetzt vor der allergrößten und allerwertesten Entscheidung steht. — Ueber Oberschlesien liegen bis zur Stunde an amtlicher Stelle noch keine Entscheidungen vor.

Gerüchte über die Teilung Oberschlesiens.

Genf, 12. Oktober. Nach guten Informationen besteht kein Zweifel, daß der Oberste Rat eine Teilung des ober-schlesischen Industriegebietes plant. Rußland und Polen an Polen fallen, desgleichen Teile des Kreises Hindenburg sowie Katowitz Stadt und Land. Der Mittel des Landes sowie Katowitz wird ebenfalls Polen zugesprochen, ebenso dieses Weutchen und Lublitz. Die Entscheidung über Königshütte soll Polen „günstig“ sein. Die Veröffentlichung der Entscheidung soll erfolgen, sobald die nötigen militärischen Vorbereitungen getroffen sind.

Nach einer anderen Meldung ist eine Dreiteilung geplant. Ploß und Rybnik kommen an Polen. Ferner wird ein Zentralrevier gebildet aus Gletwitz, Weutchen und Katowitz, das eine autonome wirtschaftliche Proving unter polnischer Verwaltung werden soll. Der Rest Oberschlesiens wird Deutschland überlassen.

Der Oberste Rat befaßt sich noch mit der Frage der Schaffung eines Währungsgebietes; die Eisenbahnverwaltung soll an Polen kommen, die militärische Besatzung soll erheblich verläßt werden und Polen zur Last fallen. Die oberste Instanz des autonomen Mittelbezirktes soll ein internationaler Ausschuss sein, der unter den Völkern geübt wird.

Es heißt, daß nicht der Oberste Rat, sondern Briand den Mächten die Entscheidung mitteilen wird. Gleichzeitig wird an Berlin und Warschau eine Note gerichtet werden.

Die Vertreter von Industrie, Handel und Landwirtschaft haben dem Reichstasler erklärt, daß sie von einer Beschaffung des Goldkredits absehen müssen, wenn Oberschlesien zum Teil an Polen fällt. Unter der gleichen Voraussetzung haben auch die ausländischen Kreditinstitute ihre Angebote auf Goldkreditbeschaffung zurückgezogen. Der Reichstasler soll früher, als beabsichtigt war, zurücktreten. Der Rücktritt des Kabinetts Wirth ist sehr wahrscheinlich.

Die Wiesbadener Nebenabkommen.

Industriematerial, Eisenbahnwagen und Vieh. Außer dem Währungsabkommen über die deutschen Sachleistungen für den Wiederaufbau Nordfrankreichs sind in Wiesbaden noch vier sogenannte Nebenabkommen unterzeichnet worden, von denen sich die drei ersten auf die Rücklieferung des Industriematerials des Eisenbahnmaterials und der Viehbestände beziehen, die während des Krieges aus Frankreich weggeführt wurden und nach dem Friedensvertrag zurückzuführen sind. Im wesentlichen wird darin folgendes festgelegt:

Die Rücklieferung von Industriematerial hört am 6. Dezember 1921 auf. Danach werden lediglich diejenigen Maschinen zurückgeliefert, die vorher abgerufen worden sind. Im übrigen bleibt das auf deutschem Gebiet noch vorhandene aus Frankreich weggeführte Material endgültig in deutschem Besitz. Dafür liefert Deutschland an Frankreich binnen acht Monaten 120 000 Tonnen Industriematerial, die nach Art und Gewicht dem bereits zurückgelieferten Material entsprechen. Außerdem betragen sich Deutschland Frankreich gegenüber als Schuldner einer Summe von 168 Millionen Goldmark, die im Verlauf von 5 Jahren, vom 1. Mai 1926 ab, zu tilgen sind. Die Wiederausstattung von rollendem Eisenbahnmateriale wird auf 6500 Wagen beschränkt, die in gutem Unterhaltenszustande abzuliefern sind. Zur Erfüllung der an Frankreich

wird durch
Rindern, 2
löst. Dane
unter name
reits von
aufgeführt
schiff auf
Frankreich
Viehlieferung
Das
lieferungen
an Belgien,
der Repara
freien Aus
der Repara
sch, die v
eigenen Be
zu verwend
— D
tober w
vorlagen i
Die Verha
koalition r
ber erste
werden.

— Die Bestimmungen, die Erwerbslosenunterstützung im Rahmen der Sozialversicherung zu einem besonderen Gesetz auszubauen, haben nunmehr feste Gestalt angenommen. Das Reichsarbeitsblatt veröffentlicht einen umfangreichen Referentenentwurf des Gesetzes zur einstweiligen Regelung der Frage.

Ueber die Höhe der Unterstüfungssätze wird gesagt, daß diese 1/10 des zuletzt bezogenen Arbeitsverdienstes nicht überschreiten darf, Gelegenheitsverdienst bis zu 1/10 der Unterstüfung, der nicht angedeutet wird. Auch für die sogenannten Anzarbeiter ist eine entsprechende Ausgleichszahlung vorgezogen. Aus den Maßnahmen zur Beschäftigung und Verringerung der Arbeitslosigkeit ist vor allem der Versuch herauszugreifen, den Arbeitslosen durch Reisegebührendungen Arbeitsgelegenheiten außerhalb ihres Wohnortes zu verschaffen. Zwei Drittel der Mittel zur Unterstüfung sollen durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, im übrigen durch Zuschüsse von Reich, Ländern und Gemeinden aufgebracht werden. Aus den Übergangs- und Strafbeschlüssen ist besonders die Feststellung bemerkenswert, daß als Arbeitslosenunterstüfungen gewährte Gelder nicht als Armenunterstüfung angesehen werden dürfen: Für Verhöfe sind Gelder, jedoch auch Gefängnisstrafen und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte vorgezogen.

Die Eisenbahnen in Privatwirtschaft? Der ehemalige preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach hat in der Presse die Frage aufgeworfen, ob eine staatliche Verwaltung heute überhaupt noch in der Lage ist, die Eisenbahnfinanzen in Ordnung zu bringen, oder ob die Eisenbahnenbahnen nicht besser in die Privatwirtschaft unter staatlicher Kontrolle überzuführen seien. Der Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Stieler, antwortete darauf in einem Abendblatt, daß diese Frage auf einer in kurzen stattfindenden Besprechung der Eisenbahndirektionspräsidenten erörtert werden solle. Weiter sei beabsichtigt, diese Frage noch in diesem Monat in dem Sachverständigenrat des Reichsverkehrsministeriums zu besprechen. Von amtlicher Seite wird aber erklärt, daß derartige Pläne nirgends ernsthaft erwoogen werden.

Das Ergebnis der Untersuchung von Ammonsalpeterdüngern. Der beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bestehende Düngemittel-Ausschuss ist hinsichtlich der Ammonsalpeterdüngern, Kaliumsalpeter und Gipsammonsalpeter zu dem Ergebnis gekommen, daß kein Grund vorliegt, die genannten Ammonsalpeterdüngern in ihrer Verwendung oder Lagerung, sei es in den Werken, sei es in der Landwirtschaft, Einschränkungen aufzulegen, doch vielmehr der Landwirtschaft ohne Bedenken die Anwendung deutscher Salpeterarten nach wie vor empfohlen werden kann.

Die polnischen Insurgenten gegen Kongresspolen.

Der Verband der ehemaligen polnischen Insurgenten in Opatow erklärt einen Aufruf, in dem auf das schärfste Stellung gegen den Anschluß an Polen genommen wird. Es kommen darin folgende Sätze vor:

Eine Vereinigung unseres ober-schlesischen Landes mit Warschau bedeutet den Ruin unserer geliebten Heimat. Der Kongresspolen ist nicht unser Bruder. Er steht uns wie ein Fremder gegenüber. Wir Wirtkämpfer beim letzten Aufstand haben dies an eigener Liebe erfahren müssen. Worin bestand der Dank? Keine Löhnung, schlechte Verpflegung, gemeine Behandlung, Fußtritte statt Lohn. Das trieb uns zur Selbsthilfe. Kaltblütig wurden viele unserer Kameraden von den Kongresspolen hingemetelt. Noch heute leidet mancher Ober-schlesier als Gefangener in der polnischen Zuchthaus. Wir aber dulden noch immer Kongresspolen in unserer Mitte. Noch ist Warschau nicht der Herr Oberschlesiens. Aber in unseren besten Stellen sitzen Leute aus Warschau, Krakau und Polen, die durch ihr freches und unverschämtes Benehmen besonders unseren ober-schlesischen Schwertgenossen über uns zum Ekel geworden sind. Wir wollen los von Warschau. Hinaus mit den Kongresspolen aus Oberschlesien. Das ist die Forderung von über 8000 ober-schlesischen polnischen Insurgenten.

Unterführer ist das Flugblatt mit: Franz Merit, Vorsitzender des Verbandes ehemaliger polnischer Insurgenten, ehemaliger Insurgentenoffizier und Abschnittskommandeur.